

Bauern – Bürokraten – Besserwisser

Umweltschutz auf den Philippinen

Endlich hat das "ökologische Fieber" auch die mehr als 7000 Inseln der Philippinen erreicht. Lange genug waren sie durch weite Meere davon isoliert geblieben. Hunderte Gruppen, Bündnisse, Koalitionen mit dem Stichwort "öko" oder "grün" sind "über Nacht" in den letzten Jahren entstanden. Aber nicht nur die Weiten des Pazifiks und des Chinesischen Meeres verhinderten über lange Jahre hinweg das Überspringen dieses Bazillus zur Entwicklung einer nationalen ökologischen Bewegung auf den Philippinen. Hier war das politische Leben der letzten zwanzig Jahre geprägt von dem Kampf um Menschenrechte und Demokratie. Es galt, einen mit Kriegsrecht herrschenden Diktator zu beseitigen. Umweltschutz schien da ein Luxus und "komme dann später".

Aber heute, nur wenige Jahre nach dem Sturz von Präsident Marcos, stellen die Filipinos fest, daß Umweltschäden, der Verlust an Bodenfruchtbarkeit, die Zerstörung der Wasserhaushalt, die Verschmutzung der Korallenbänke mit zu den Hauptursachen ländlicher Armut und Unterentwicklung gehören. Die städtische Umweltverschmutzung hat Krankheitsepidemien ungeahnten Ausmaßes ausgelöst

"Umweltschutz", das hatte hier – wie auch in den Anfängen in der Bundesrepublik – zunächst etwas "Grünes" an sich, ein Zurück zur Natur der städtischen Mittelschicht. Vielleicht nur eine Ironie der Geschichte, aber hier auf den Philippinen waren es überwiegend die ausländischen Geldgeber, allen voran die Weltbank, die eines erkannten und laut aussprachen: daß Umweltschutz auf den Philippinen vor allem Überlebensschutz für die Ärmsten der Armen bedeutet: Überlebensschutz sowohl vor den Umweltkatastrophen (Überflutungen, Trockenheit, Erdbeben etc.), die sie besonders hart treffen, als auch Ressourcenerhaltung (für die Kleinbauern und Fischer, deren Acker wegschwimmen und deren Küstengewässer zerstört werden). Falsche Entwicklungsstrategien, Über-Zentralisierung und Ressourcen-Ausverkauf zusammen mit rapidem Bevölkerungswachstum treiben aber auch gerade die Ärmsten der Armen in zerstörerische Formen der Naturausbeutung, wie den Brandrodungs-Landbau oder die Dynamit-Fischerei. Sie sind also die Opfer und als Opfer auch noch Mittäter geworden. Das macht die Dramatik und auch das Dilemma des Umweltschutzes auf den Philippinen aus; denn mit reinen "Umwelt-Maßnahmen" kann hier kaum etwas erreicht werden, solange nicht die nationalen, wirtschaftlichen und politischen, aber auch internationalen Spielregeln geändert werden.

Dies jedoch ist zur Zeit wirklich nicht in Sicht. Die vielen Militärputschversuche, die riesige nationale Verschuldung, Haushaltsdefizite usw., verhindern jede konsistente Regierungspolitik. Umwelt-

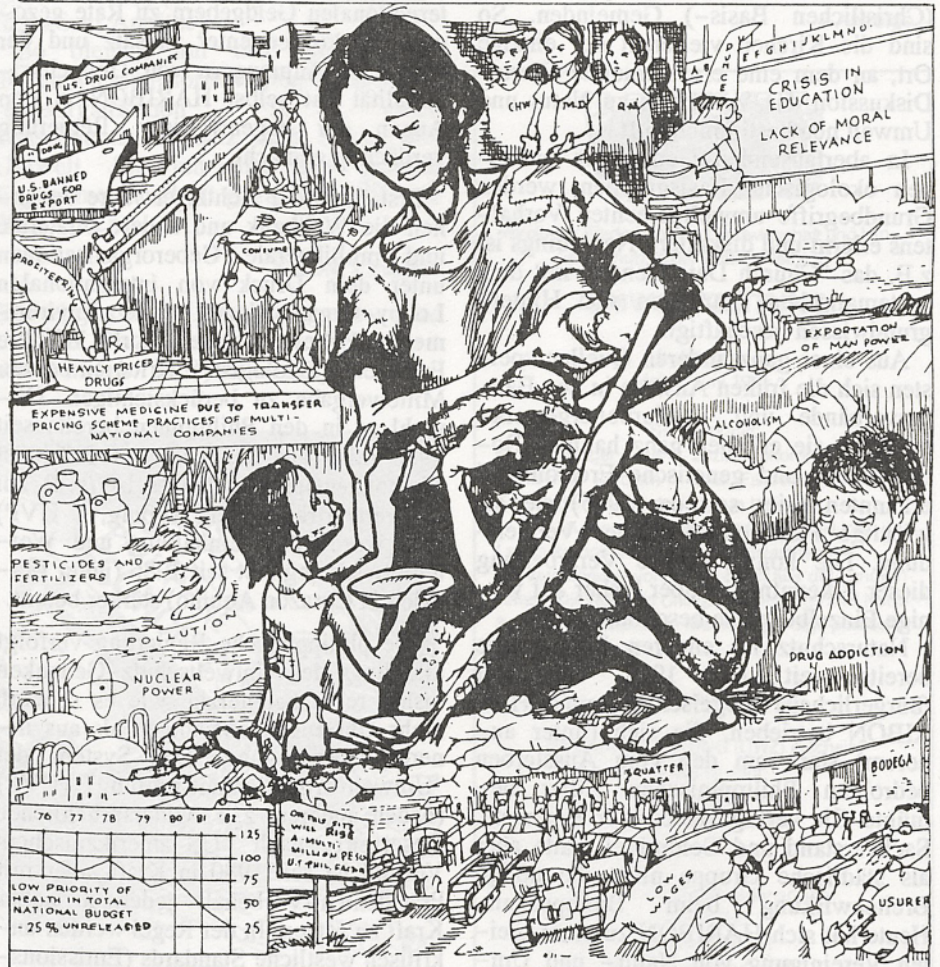
schutz ist da sehr stark in den Händen von NGOs und Kirchen. Nicht, daß die philippinische Regierung nicht die Bedeutung eines Umweltschutzes, der zuallererst ein Ressourcenschutz ist, sehen würde. Aber die Hände sind gebunden. Trotz exzellenter Fachleute und interessanter umweltpolitischer Ansätze aus dem "Ministerium für Umwelt und Ressourcen" erfolgt kaum eine Umsetzung. Zu tief sind noch die feudalen Strukturen in den Regionen eingegraben, die Interessen der Mächtigen in den gesetzgebenden Körperschaften so gut aufgehoben. Die "alten Seilschaften" für hemmungslosen Rohstoff-Ausbeutung

funktionieren noch reibungslos. Zwischenfälle wie die Anschuldigungen, daß Senator Alvarez, der Vorsitzende der Senatskommission für Umweltschutz, selbst in illegalen Holzeinschlag verwickelt sei, gehören als Betriebsunfälle mit zum Beispiel und stabilisieren nur das System.

Ökologische Hauptdaten und -probleme:

Angesichts dieser gewaltigen Aufgaben im Umweltschutz sind die Wurzeln der Umweltschutz-Bewegung noch jung:

Es waren als erste die Kirchen, die im Anschluß an die Ökumenische Weltversammlung in Vancouver unter dem Motto: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (1983) den Prinzipien vom "Schutz des Lebens" ins Land trugen. Sie taten dies überwiegend zunächst über ausländische Missionare mit einem Schwerpunkt in Mindanao. Diese Bemühungen gipfelten in dem (etwas deklamatorischen) Hirtenbrief Weihnachten 1989: "Was haben sie mit



aus: The Unfinished Song, 1986, S. 85



Kahlschlag: Halbinsel Bondoc, Quezon-Provinz

Foto H. Kotte

unserem schönen Land getan" mit noch geringer Sachkenntnis, aber es ergab sich rasch eine Tiefenwirkung in die (Christlichen Basis-) Gemeinden. So sind die Kirchen vielleicht der einzige Ort, an dem eine ernstgemeinte Wertediskussion das Verhältnis zu Natur und Umwelt neu bestimmen hilft.

In abertausenden Gemeinden entstehen ökologische Basisgruppen, werden Grundbegriffe umweltgerechten Verhaltens erlernt und diskutiert. Neuerdings ist z.B. das "Church Data Center" mit dem systematischen Erarbeiten von Hintergrundwissen beschäftigt.

Aus einer ganz anderen Quellen speisen sich die frühen Ansätze in den Bauernverbände und Landarbeitergewerkschaften: sie erlebten ganz hautnah Bodenerosion und genetische Erosion und erkannten (hier seit ca. 1985) sie als wichtige Faktoren ländlicher Verelendung. Die konzeptionelle Verarbeitung dieser Erkenntnis ist aber bisher auf wenige Einzelbeispiele beschränkt.

Naturschutz im engeren Sinn wurde bereits seit ca. 1975 von der (bürgerlichen) Vogelschutzgruppe HARIBON betrieben, die sich (unter anderem) stark um den vom Aussterben bedrohten Philippinischen Adler bemühte. Sie verfügt dabei über Konzepte, Sachverstand und Geldmittel, hatte aber als städtische Gruppe nicht die nötige Breitenwirkung beim Biotopschutz. Heute hat sich HARIBON zu einer breiten Vereinigung von Natur- und Umweltschützern etabliert, verfügt über

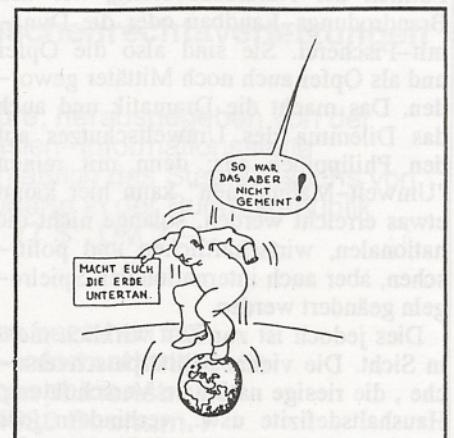
zahlreiche Mitarbeiter und erstaunliche Ressourcen und wird bei zahlreichen Fragestellungen von Regierung und internationalen Geldgebern zu Rate gezogen. Ihr konsequenter Einsatz und der Mut zum Anprangern von Umweltkriminalität hat selbst HARIBON in den Augen der gegenwärtigen Regierung verdächtig gemacht.

Erst Ende der Achtziger Jahre begannen die Weltbank und andere bilaterale und multilaterale Geberorganisationen unter dem Druck von internationalen Lobby-Organisationen (wie Environmental Policy Institute, World Wildlife Fund, etc.), ökologische Kriterien bei der Mittelvergabe zu berücksichtigen. Obwohl es in den Philippinen bereits seit 1980 (also aus der Zeit von Präsident Marcos) entsprechende Gesetze (z. B. zur Umweltverträglichkeitsprüfung, UVP) gab, wurde ihre Einhaltung und Weiterentwicklung erst seit 1986 (unter Präsidentin Corazon Aquino) stärker betont.

Die philippinische Regierung verfolgt allerdings den Umweltschutz-Gedanken bisher recht halbherzig, wie es scheint, mehr von außen erzwungen als aus innerer Überzeugung. Das System der "Umweltverträglichkeitsprüfung" (UVP) (neben anderen, z. T. widersprüchlichen Gesetzen) nach US-amerikanischem Vorbild ist seit 1980 in Kraft, aber mit Präsidenten-Vorbehalt jederzeit außer Kraft zu setzen. In der Regel werden un-kritisch westliche Standards (Emissionsstandards durch die National Pollution

Control Commission (NPCC) gesetzt) übernommen, aber nicht überwacht.

Demgegenüber vertreten entwicklungsorientierte Nichtregierungsorganisationen (vertreten in zahlreichen nationalen Netzwerken) einen grundsätzlich anderen Standpunkt: Sie betrachten die bisherige Praxis der UVP als unzureichend und gehen die freiwillige Selbstverpflichtung ein, stattdessen Projektmaßnahmen durchzuführen und zu fördern, die im weitesten Sinne "Umweltförderlichkeit" (oder "Umweltpflege") zum Projektziel haben. Sie argumentieren, daß es eben nicht mehr ausreicht, eine "neutrale" Wirkung auf die Umwelt nachzuweisen (eben die Umwelt"verträglichkeit" ähnlich dem Nachweis der Abwesenheit von Nebenwirkungen bei einem Medikament), sondern daß eben Umweltschutz Ressourcenschutz und -



regeneration zum Leben und Überleben der verarmten Kleinbauern, Küstenfischer und Slumbewohner darstellt.

Dabei wird zunehmend die Anwendung eines "Ökosystem-Ansatz" gefordert: es geht also nicht um eine isolierte Maßnahme sondern um (auch institutionenübergreifende) Maßnahmenbündel (Gesundheit, Landwirtschaft, Vermarktung, Fischerei, Transport). Dieser entwicklungspolitische Ansatz der "Integrierten Gebietsentwicklung" (Integrated Area Development) bezieht sich meist auf eine Gruppe von Dörfern, die eine gemeinsame Ausgangslage (z.B. an einem Bergrücken) aufweisen und daher gemeinsame Landnutzungsplanung erfolgen. Erste Vorhaben dieser Art sind bereits auf den Inseln Negros, Bicol und Samar in Bearbeitung. Hier wird auch die UVP-Studie nicht mehr von einsamen und gut bezahlten Experten erarbeitet, sondern in interdisziplinären Arbeitsgruppen und im Dialog mit der Dorfgemeinschaft gewonnen.

Die heutigen Akteure

Die Bildung eines "Ministeriums für Umweltschutz und Bodenschätze" (1987, unter Ausschluß der Energieträger Öl und Kohle erfolgt und ohne planerische oder gesamtökonomische Kompetenz) hat eher zu einer Lähmung regierungsamtlicher Initiative geführt. Da hier ausführende (Bergbau-) und kontrollierende (Umweltschutz-) Behörden in einem Ressort vereinigt sind, entziehen sich die notwendigen Kompromisse weitgehend einer demokratischen Mitwirkung und Kontrolle. Es gibt darüberhinaus in der Regel keine Flächennutzungspläne und keine rationale, vorausschauende Industrieansiedlungsplanung. Die betroffenen Kommunen haben in der Regel kein Mitspracherecht. Die erforderlichen "Anhörungsverfahren" dürfen bereits 2 Wochen nach Planauslegung abgehalten werden und erfolgen meist fern ab in der Hauptstadt.

Die gesetzgebenden Körperschaften im Parlament (Kongreß und Senat) verfügen über keine Fachkompetenz oder Beratungskapazität. Das gesetzliche Regelwerk ist erratisch, widersprüchlich und oft unrealistisch.

Die bürgerlichen politischen Parteien waren während der Jahre der Diktatur Marcos unter den Bedingungen des Kriegsrechtes entweder eng mit der Diktatur verbunden oder kämpften um das Überleben.

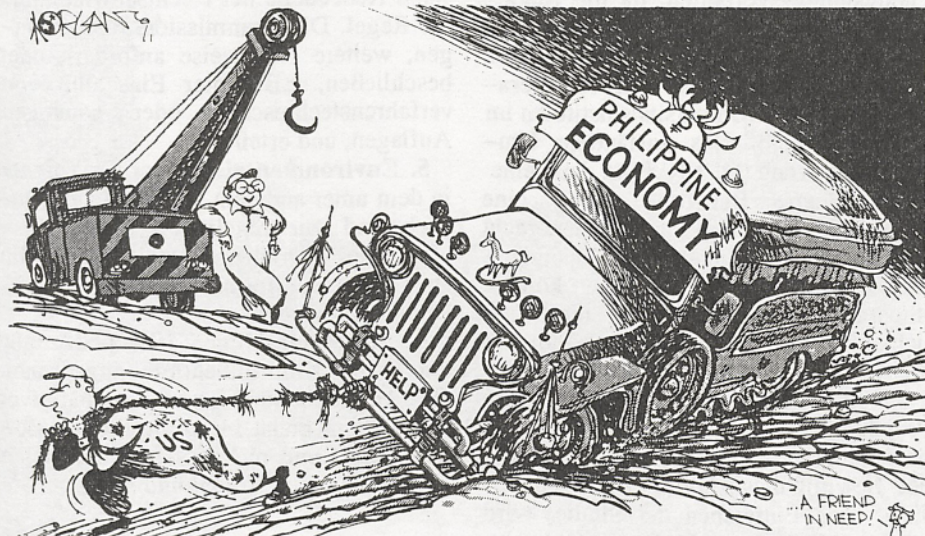
Die außerparlamentarische wie die bewaffnete Opposition sahen viele Jahre in der Beseitigung der Diktatur Marcos und des feudalen Gesellschaftssystems ihre Hauptaufgabe und erwarteten die Lösung der Umweltprobleme von der Erreichung dieses Ziel und der Beseitigung der US-amerikanischen Militärstützpunkte auf philippinischem Territorium.

Die akademische Welt (vor allem die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Fakultäten der "University of the Philippines") hat (seit 1980) eine gute Anzahl von fachlich qualifizierten Absolventen und entsprechende Forschungsarbeiten produziert, leidet aber an Personalabwanderung und Mittelknappheit. Dabei ist die dringend notwendige Grundlagenforschung (z.B. Indikatorpflanzen, SO₂-Luftbelastung unter humid-tropischen Bedingungen) bisher viel zu kurz gekommen zugunsten einer mehr sozialwissenschaftlich orientierten Begleitforschung (Wirkungsforschung partizipativer Ansätze).

So bleiben nur die Kirchen und die entwicklungsorientierten Nichtregierungsorganisation für einen konsequenten Einsatz zum Schutz der Umwelt. Sie tun dies mit großem Engagement und oft genug unter Einsatz ihres Lebens.

Stefan Cramer

Der Verfasser ist Bergbauingenieur und z.Zt. als Berater von Umweltorganisationen auf den Philippinen tätig.



aus: FEER v. 2.5.91, S. 45

Spendenauf für die Opfer des Vulkanausbruchs

Die Basisgesundheitsorganisation IOHSAD (Institute for Occupational Health and Safety Development) hat zur Unterstützung ihrer Arbeit für die im Katastrophengebiet lebenden Menschen einen Hilfsappell an IMBAS gerichtet. IOHSAD hat bisher Gesundheitsprogramme in der Provinz Zambales durchgeführt, die u.a. den Familien der Arbeitnehmer von drei Bergwerksminen zugute kamen.

Nach Angaben der IOHSAD sind die im Umkreis von drei Meilen lebenden Menschen von einer Hungersnot bedroht und medizinisch nicht ausreichend versorgt. Sie benötigen dringend Medikamente, Kleidung und andere lebenswichtige Güter, dazu finanzielle Unterstützung.

IOHSAD bittet daher um Spenden, die IMBAS weiterleiten wird.

Bitte spenden Sie unter dem Kennwort "Pinatubo" auf das Konto Nr. 247437-609 beim Postgiroamt Frankfurt BLZ 50010060

- Anzeige -



Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt e.V.

UMWELTZEITUNG

9. Jahrgang
Heft 2. Juni 1991

Schwerpunkt:

Wassermangel als sozialökonomisches und politisches Problem - Drei Fallbeispiele zu den Folgen der Jahrhundertdürre in Indien:

1. Die Auflösung traditioneller Dorfstrukturen und Landnutzungssysteme in West-Rajasthan
2. Verdrängung von Kleinbauern aus der Landwirtschaft - Die Dürre im Chingleput-Distrikt/Tamil Nadu
3. Wasserknappheit in Madras als Folge politischer Rivalitäten

und vieles andere mehr

Die UMWELTZEITUNG (UWZ) erscheint viermal im Jahr
5,- DM pro Einzelheft
20,- DM im Jahresabo

20,- + viele DM als Gönner-Abo
UWZ/VFLU
Langgasse 24 / H
D - 6200 Wiesbaden - 1
0611 / 37 03 71